

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
II/01	S0015/17	30.01.2017
zum/zur		
F0235/16 – SPD-Stadtratsfraktion, Stadtrat Dr. Falko Grube		
Bezeichnung		
Zwangsticket für Bus und Bahn		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		07.02.2017

In der Ausgabe der Mitteldeutschen Zeitung vom 6. Dezember war zu lesen, dass der Mitteldeutsche Verkehrsverbund ein Zwangsticket für Bus und Bahn ins Auge fasst.

Dazu habe ich folgende Frage:

- Gibt es solche Überlegungen auch in Magdeburg bzgl. MVB oder Marego?

Stellungnahme:

Gemäß § 8 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) ist der ÖPNV grundsätzlich durch Fahrgelderlöse zu finanzieren, darüber hinaus sind Zuwendungen an Verkehrsunternehmen als Ausgleich für die Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zulässig. Die Finanzierung des ÖPNV in der Landeshauptstadt Magdeburg erfolgt dementsprechend derzeit durch Fahrgelderlöse und durch Zuschüsse seitens des Landes sowie aus dem städtischen Haushalt.

Das Gutachten des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) stellt alternative ÖPNV-Finanzierungsvarianten vor, darunter auch das Bürgerticket. Dieses Gutachten liegt derzeit bei den politischen Gremien zur Prüfung. Über die Einführung eines Bürgertickets können nicht die Verkehrsunternehmen entscheiden sondern nur die zuständigen Kommunen als Aufgabenträger.

Die seitens des MDV untersuchten alternativen Finanzierungswege stellen Neuland dar. Ihre Umsetzung ist z. T. rechtlich umstritten.

Die Prüfaufgabe des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) bezog sich auf ergänzende Finanzierungskonzepte für den ÖPNV. Durch die MVB bzw. den Verkehrsverbund marego sind keine Konzepte erstellt worden.

Seitens des Aufgabenträgers Magdeburg gibt es keine Überlegungen bezüglich der Einführung eines Zwangstickets für Bus und Bahn.

Zimmermann